

Medieninformation vom 18.10.2012

KfW Programm „Altersgerecht Umbauen“

- **BID begrüßt die Bundeszuschüsse in den altersgerechten Umbau**

Berlin, 18.10.2012 – Gestern verkündete Dirk Fischer, verkehrs- und baupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundesfraktion, dass im kommenden Jahr wieder frische Mittel in Höhe von 20 Millionen Euro eingeplant werden, um direkte Zuschüsse zu Investitionen im KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ zu ermöglichen.

„Die zusätzlichen Bundeszuschüsse sehen wir als wichtigen Anreiz, um den altersgerechten Umbau zu fördern. Der Demografische Wandel erfordert eine Investition im Heute, um den Herausforderungen im Morgen gesellschaftlich entgegnetreten zu können“, kommentierte Walter Rasch, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) und Präsident des BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen.

Auch in dem gestern vorgelegten Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wurde die Wirkung des KfW-Programms nochmals unterstrichen. Für 2009 bis 2011 hatte das Ministerium jeweils rund 80 bis 100 Millionen Euro für die Zinsverbilligung von Darlehen und für Investitionszuschüsse bereitgestellt. Der Anteil an barrierearmen/-freien Wohnungen konnte so um rund 15 Prozent erhöht werden.

Die BID kritisiert jedoch, dass die gewerbliche Wohnungswirtschaft von der Zuschussvariante ausgeschlossen wird. "Für die gewerbliche Wohnungswirtschaft wäre zumindest ein Tilgungszuschuss einzuführen, um Umbauten im Bestand neuen Schwung zu verleihen", regt Rasch an.

Laut der Studie „Wohnen im Alter“ des Kuratoriums deutsche Altershilfe (KDA) im Auftrag des BMVBS wird es in drei Jahren einen Mehrbedarf von 2,5 Millionen altersgerechten Wohnungen geben. Bis zum Jahr 2030 wird dieser Bedarf sogar auf etwa 3 Millionen steigen.

Die BID begrüßt daher die Entscheidung der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP, die das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ wieder stärker in den Fokus rücken. „Die Versorgung mit altersgerechtem Wohnraum sowie Betreuungs- und Pflegeangeboten ist eine zentrale Zukunftsaufgabe für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Die Zuschüsse zum KfW-Programm sind daher unerlässlich“, fasste Rasch zusammen.

Die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland ist ein Zusammenschluss aus den Verbänden BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA. Mit der BID sind die wichtigsten Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft unter ein Dach getreten, um mit gebündelten Kräften gemeinsame inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info.

Geschäftsführender Verband:

BFW Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen e.V.
Kurfürstendamm 57
10707 Berlin

www.bid.info

Ansprechpartner:

Dennis Beyer
Pressesprecher

Tel. +49 (0)30 32781 – 110

Fax +49 (0)30 32781 – 299

E-Mail: presse@bid.info

www.bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der
Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland
IVD
Bundesverband der
Immobilienberater, Makler,
Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher
Pfandbriefbanken (vdp)

VGF
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss